



Ausgabe 15

15. Juni 2011

Inhalt >>>

- > Gemeinsame Standards bei der LKW-Maut 1
Ismail Ertug
- > Die Verhaftung und Überstellung Ratko Mladics nach Den Haag 2
Wolfgang Kreissl-Dörfler
- > Gurken, Tomaten und Sprossen 2
Ismail Ertug
- > Am Ende des Tages... 3
Kerstin Westphal
- > Zur Info: EZB 2
- >>> **Service**
- > Besuchergruppen 3
- > Kontakt 4

Wir gratulieren den GenossInnen in Bremen zu ihrem grandiosen Wahlerfolg!

O-Ton

"Wäre es kühn, sich eine Union vorzustellen, die nicht nur eine gemeinsamen Markt, eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Zentralbank, sondern auch ein gemeinsames Finanzministerium hat?"

Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, zur Verleihung des Karlspreis, 2.6.2011

Gemeinsame Standards bei der LKW-Maut

von *Ismail Ertug*

Nach langem Tauziehen mit dem Rat stimmte das Parlament über die zweite Überarbeitung der Eurovignette-Richtlinie ab. Zwar bringt das neue Maßnahmenpaket besonders im Bereich des Umweltschutzes viele gute Neuerungen mit sich. Viele Abgeordnete hätten sich jedoch zum Beispiel im Bereich der Infrastrukturfinanzierung noch mutigere Ansätze gewünscht.

Im Rahmen der überarbeiteten Richtlinie müssen Mitgliedstaaten, die für schwere Nutzfahrzeuge eine Maut erheben, künftig transparent darlegen, wofür sie diese Einnahmen verwenden. Darüber hinaus können zusätzlich zu den Mautgebühren, die durch den Frachtverkehr entstehenden Umweltkosten angelastet werden. Hierdurch wurde das "Verursacherprinzip" erstmals auch in einem Rechtsakt zum Straßenverkehr festgelegt.

Zweckbindung der Mittel

Das Europäische Parlament forderte gegenüber den Mitgliedstaaten, dass diese die Einnahmen der LKW-Maut vollständig zur Finanzierung ihrer Infrastruktur nutzen müssen. Diese Forderung konnte in den Verhandlungen mit dem Rat nicht gehalten werden. Es wurde jedoch erreicht, dass zumindest 15 Prozent der Einnahmen direkt in trans-europäische Infrastrukturprojekte fließen, und die Mitgliedstaaten gegenüber der Europäischen Kommission und den europäischen Bürgern genau offen legen müssen, wofür die Mautmittel verwendet werden.

Anrechnung der Umweltkosten

Da der Straßenverkehr nicht nur die Infrastruktur beansprucht, sondern – durch Umwelt-, Luft- und Lärmbelastung – auch weitere Kosten verursacht, wird es durch die überarbeitete Richtlinie ermöglicht, diese anzurechnen. In Berggebieten, in denen die Belastung besonders hoch ist, wird für die am stärksten

verschmutzenden Fahrzeugtypen sogar ein weiterer Zuschlag möglich.

Bessere Planung im Lastverkehr

Neben der Zweckbindung der Mittel und der Anlastung von Umweltkosten schafft die Richtlinie auch Anreize für bessere Planung im Lastverkehr. So können Mitgliedstaaten nun auf besonders stark befahrenen Strecken ihre Mautgebühren für bis zu fünf Stunden täglich um 175 Prozent erhöhen. Den Rest des Tages sind die Mautgebühren auf der gleichen Strecke entsprechend niedriger. Zwar haben sich die Mitgliedstaaten der Forderung des Europäischen Parlaments nach Anrechnung der Staukosten nicht stattgegeben, für Spediteure werden jedoch Anreize geschaffen, Stoßzeiten zu meiden.

Fazit

Insgesamt ist die Überarbeitung der Eurovignette Richtlinie auch in Hinblick auf die längerfristigen Ziele der EU zu umweltfreundlicherer Mobilität und geringerem CO₂-Ausstoß ein Schritt in die richtige Richtung. Dadurch, dass die Richtlinie nur dort die Spielregeln vorgibt, wo der Lastverkehr bemaute wird und es selbst hier den jeweiligen Mitgliedstaaten freigestellt ist, ob sie Stoßzeitenaufschläge und Umweltkosten berechnen, sind wir aber noch weit von einer gesamteuropäischen Lösung entfernt. Darüber hinaus sind besonders die maximal fünf Stunden täglich für Stoßzeitenaufschläge für viele Ballungszentren zu knapp bemessen.

Die Verhaftung und Überstellung Ratko Mladics nach Den Haag

Seit 16 Jahren wurde der höchstrangige Militärführer der bosnischen Serben, Radko Mladic, per internationalem Haftbefehl gesucht. Nun ist er gefasst und muss sich vor dem UN-Kriegsverbrecher-Tribunal für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag verantworten. In einer 37-seitigen Anklageschrift wird ihm Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in den folgenden Fällen vorgeworfen: 1. Die gezielte Ermordung von über 7000 bosnischen Muslimen – Jungen, Männern und Greisen in der bosnischen Enklave Srebrenica (1995) – das schlimmste Massaker in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges. 2. Die gewaltsamen ethnischen „Säuberungs“-Kampagnen, die zu Vertreibung und Zerstörung der bosnisch-muslimischen und bosnisch-kroatischen Gemeinschaften weiter Teile Bosniens und Herzegowinas führten. 3. Die Scharfschützenkampagnen, welche die Zivilbevölkerung von Sarajewo 1992-95 terrorisierten. 4. Die Geiselnahme von Angestellten der Vereinten Nationen im Mai und Juni 1995.

Doch können sie nun auf ein Stück Gerechtigkeit hoffen, zu der sie auch selbst, vor allem die vielen hinterbliebenen Mütter und Ehefrauen der Opfer, seit Jahren beitragen. Ohne ihre Unterstützung, ohne mutige Zeugenaussagen, wäre die Anklage gegen Mladic nicht zustande gekommen. Seine Festnahme durch serbische Einheiten und seine Überstellung nach Den Haag ist auch aus einem anderen Grund so bedeutend. Sie bestätigt, dass niemand, der Kriegsverbrechen begeht, mit Straffreiheit rechnen kann. Doch die Aufarbeitung der Vergangenheit ist damit längst nicht abgeschlossen. Das zeigt insbesondere, dass sich Mladic 16 Jahre lang versteckt halten konnte und es gewaltsame Ausschreitungen in Belgrad gegen seine Festnahme gab. Immerhin: die Aufarbeitung hat – wenn auch schleppend – begonnen. Bereits 160 Personen hat die serbische Justiz in den letzten Jahren an das UN-Tribunal übergeben, unter ihnen Staatschefs, Premierminister, Militärführer, Innenminister und andere hoch- und mittelrangige politische, militärische und polizeiliche Führer verschiedener Konfliktparteien während des Jugoslawienkrieges. Niederrangige Verantwortliche wurden der nationalen Gerichtsbarkeit überstellt. Nun bleibt noch ein Kriegsverbrecher flüchtig: Goran Hadzic.

Serbien in der EU?

Das Europäische Parlament – allen voran die Europäischen Sozialdemokraten – hat stets die Bestätigung des offiziellen Kandidatenstatus Serbiens für einen Beitritt in die EU (Antrag Serbiens im Dezember 2009) davon abhängig gemacht, dass die serbische Justiz mit internationalen Strafbehörden eng kooperiert und alle gesuchten Kriegsverbrecher nach Den Haag überstellt. Serbien hat diesen entscheidenden Schritt vollzogen, den wir durchaus würdigen müssen. Einen Kandidatenstatus haben wir auch von einer kollektiven Aufarbeitung der Vergangenheit und einem nachhaltigen Versöhnungsprozess abhängig gemacht. Davon ist Serbien noch weit entfernt.

Die EU und die internationale Gemeinschaft müssen hier nun alle Möglichkeiten ausschöpfen, das Land und seine Bevölkerung auf diesem Wege konstruktiv zu unterstützen. Denn wir haben auch eine ganz eigene Verantwortung zu tragen: Das Massaker von Srebrenica vor gerade einmal 16 Jahren fand vor den Augen einer hilflosen UNO statt, die das Mandat hatte, die Bevölkerung zu schützen und darin kläglich versagte.

WKD

Trauma bleibt

Die Opfer und Angehörigen werden das Trauma ihrer schmerzvollen Vergangenheit wohl nie überwinden können.

Gurken, Tomaten und Sprossen

ses Chaos zutage gebracht. Die planlose Weitergabe von Informationen durch deutsche Bundes- und Landesministerien, betroffene Bürgermeister, Krankenhäuser sowie das Robert-Koch-Institut hat zu unterschiedlichen Aussagen und großer Verwirrung geführt. Zudem hat Deutschlands Regierung zu lang auf das Fachwissen ausländischer Experten verzichtet, wodurch der in letzter Zeit häufig geäußerte Vorwurf der „deutschen Arroganz“ neuen Aufwind bekam.

Fragwürdiger Gesundheitsminister

Fragwürdig ist auch, dass Deutschlands neuer Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) bei der Tagung der Gesundheitsminister zu EHEC fehlte. Hatte er tatsächlich Wichtigeres zu tun?

Auf EU-Ebene unterstützen wir Sozialdemokraten die geplanten Ausgleichszahlungen für Gemüseerzeuger, die diese Woche im Rat der Landwirtschaftsminister verhandelt werden. Im Zusammenhang mit dem resistenten EHEC-Bakterium ist auch die kürzlich verabschiedete Stellungnahme zur Antibiotikaresistenz zu erwähnen: Verminderter Einsatz ist notwendig, um Antibiotika weiterhin nutzen zu können.

EHEC verdrängte eine Debatte zu gentechnisch veränderten Organismen von der Tagesordnung, die voraussichtlich in der Juli-Sitzung nachgeholt wird. **IE**



Das bleibt von EHEC: Familien trauern um ihre Angehörigen, gut tausend Erkrankte müssen den Rest ihres Lebens mit Dialyse leben; ein Imageschaden für zu Unrecht an den Pranger gestellte Produzenten und finanzielle Einbußen, gar ein Import-Stopp Russlands; Verbraucher wurden durch mehrmals revidierte Schuldzuweisungen verunsichert.

EHEC stiftet Verwirrung

Das EHEC-Bakterium hat ein beispiello-

Zur Info >>>

Die Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank (EZB) ist die Zentralbank für die gemeinsame europäische Währung, den Euro. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Kauf-



kraft des Euro und somit Preisstabilität im Euroraum zu gewährleisten. Das Euro-Währungsgebiet setzt sich aus den 17 Ländern der Europäischen Union zusammen, die den Euro seit 1999 eingeführt haben.



Präsident der EZB ist der Franzose Jean-Claude Trichet (siehe Bild links) – seine Amtszeit endet im Herbst 2011. Im Vergleich zu den nationalen Zentralbanken führt die EZB nur wenige Geschäfte durch.

Ihr Schwerpunkt liegt darauf, politische Maßnahmen festzulegen und zu gewährleisten, dass die Beschlüsse von den nationalen Zentralbanken umgesetzt werden. Seit Mai letzten Jahres kauft die EZB Staatsanleihen auf. So hat sie als Gläubigerin Staatsanleihen von verschuldeten Ländern der Eurozone im Wert von 75 Mrd. € in den Büchern.

Am Ende des Tages...

"Die Wirtschafts- und Währungsunion ist der Bereich, in dem in Europa die Integration am weitesten fortgeschritten ist. [...] Außerdem hat uns die Wirtschafts- und Währungsunion monetäre Stabilität gebracht. Der Euro ist eine starke und glaubwürdige Währung. Er hat das Vertrauen unserer Mitbürger, Anleger und Sparer. [...] Es gibt keine Krise des Euro", so Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), der am 02. Juni in Aachen den Internationalen Karlspreis 2011 erhielt.

Krise des Euro?

Gerne zahlen wir nach wie vor mit dieser Währung; einen Umtausch in die D-Mark oder eine andere nationalstaatliche Währung mag sich heute kaum noch einer vorstellen - die Vorzüge des Euro im Internationalen Zahlungsverkehr und als Exportmotor für Deutschland liegen auf der Hand - eine Krise dieser Währung scheint nach wie vor nicht gegeben.

Krise der Gemeinschaft!

Der Euro ist eine Gemeinschaftswährung. Die Krise des zweiten Wortteils - der Währung - ist herbeigeredet, die des Ersten - der Gemeinschaft nicht. Letztere erlebt gerade mit großer Heftigkeit mit einer Fiskalkrise, die dritte Stufe einer wirtschaftspolitischen Krise. Nach der 1. Stufe, der Finanzkrise, in der die Mitgliedstaaten der Union ihre Banken mit staatlichen Programmen sanierten und stützten, folgte trotz dieser Bemühung ein Übergriff auf die Realwirtschaft und führte zu einer Wirtschaftskrise (2.Stufe). Letzterer wurde mit alternativlosen intensiven nationalstaatlichen Wachstumsprogrammen begegnet, die die Haushalte der Mitgliedstaaten stark belasteten - die staatliche Verschuldungsquote von 66% in 2007 erreichte in 2010 88% des BIP in der Eurozone. Für einzelne Staaten, wie z.B. Griechenland, ist diese Fiskalkrise (3.Stufe) existenzbedrohend. Diesen Fiskalkrisen wird jetzt mit brutalen Sparprogrammen begegnet. Dabei

wirkt zur Zeit eifriges Sparen eher verzweifelt als zum Ziel führend.

Verknüpfte Haushaltskonsolidierung

Richtig ist, dass die staatlichen Haushalte vernünftig konsolidiert werden müssen. Weit besser wäre eine intelligente Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, bei der klare Investitionsvorgaben gemacht werden. Dem Problem von Leistungsbilanzunterschieden zwischen den Mitgliedstaaten kann durch einen Europäischen Währungsfond (EWF) begegnet werden, der diese koordiniert.

Dieser könnte zudem mit der Ausgabe von Eurobonds betraut werden - dafür böte sich der in Luxemburg installierte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESFS) als Ausgangsbasis an. Als vorläufigen Schlussstein brauchen wir die 0,05%ige Finanztransaktionssteuer, die mit einem Steueraufkommen von rund 200 Mrd. € zusätzliche Haushaltentlastungen schaffen kann. **KW**

Für einen

Richtungswechsel für Europa!

sozial, solidarisch, gerecht, nachhaltig! Gegen blinde Sparpolitik!

Schließt Euch dem überparteilichen Aufruf an: www.changeforeurope.eu/de

Unsere Besucher in Straßburg und Brüssel >>>



Auf Einladung des unterfränkischen Jugendoffiziers, Hauptmann Danny Herzog-Braune besuchten unterfränkische Realschulleiter sowie der unterfränkische Ministerialbeauftragte Horst Karch **Kerstin Westphal** im Europäischen Parlament in Straßburg.

Studentinnen und Studenten der Uni Würzburg -Institut für Politikwissenschaften und Sozialforschung- mit Dozentin Carolin Rüger nahmen gerne die Einladung von **Kerstin Westphal** an, sie im Europäischen Parlament in Straßburg zu besuchen. Großes Interesse fanden die Ausführungen des Mitarbeiters, Dr. Clemens zur Hausen, zum Werdegang und Arbeitsalltag eines wissenschaftlichen Assistenten einer Europaabgeordneten.



Quelle: EP



Quelle: EP

Auf Einladung von **Kerstin Westphal** besuchte der SPD Ortsverein Schwabach zusammen mit dem Seniorenkreis der VHS Schwabach das Europäische Parlament in Straßburg. Organisiert wurde die Fahrt von Richard Gelenius, Leiter des Seniorenkreises der VHS Schwabach und Kreisvorsitzender der Europa-Union Roth-Schwabach.

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP* (WKD)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 110
wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
 Ansprechpartnerinnen:
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:
 Oberanger 38/IV
 80331 München
 T.: 089 21 02 43 61
 F.: 089 21 02 43 61
europa@kreissl-doerfler.de

www.kreissl-doerfler.de

Ansprechpartnerin:
 Britta Besan

Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-17.00 Uhr, Fr: 9.00-12.00 Uhr

Kerstin Westphal, MdEP* (KW)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 534
kerstin.westphal@europarl.europa.eu
 Ansprechpartner:
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:
 Kornmarkt 17
 97421 Schweinfurt
 T.: 09721 715 716
 F.: 09721 474 0884
eder@kerstin-westphal.de

Semmelstr. 46R
 97070 Würzburg
 0931 45 25 31 28
 0931 45 25 31 29
augustin@kerstin-westphal.de

www.kerstin-westphal.de

Ansprechpartnerinnen:
 Marietta Eder Elisabeth Augustin

Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Do 8.30 -15.30 Uhr
 Fr: 9.00-13.00 Uhr

Ismail Ertug, MdEP*(IE)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 547
ismail.ertug@europarl.europa.eu
 AnsprechpartnerInnen: Arzu Mouchtar,
 und Fatih Aydogan

Europabüro:
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63
europabue-ro@ertug.eu katja.reitmaier@ertug.eu

www.ertug.eu

AnsprechpartnerInnen:
 Maria von Stern Katja Reitmaier
 Sebastian Reiter

Bürozeiten:
 Mo-Fr: 8.00-17.00 Uhr, Fr : 8.00-15.00 Uhr

*Verantwortlich im Sinne des deutschen Presserechts